

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses am Donnerstag, den 09.02.2017, 17:30 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Ratsmitglied Peter Kendziora SPD

Stv. Vorsitzende/r

Herr 2. stellv. Bürgermeister Wilfried Berndt CDU

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Walter Bodelier SPD

Herr Ratsmitglied Wilhelm Broschk SPD

Herr Ratsmitglied Klaus Fehr SPD

Frau Fraktionsvorsitzende Nadine Leonhardt SPD

Frau Ratsmitglied Brigitte Priem SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Jörg Els CDU

Herr Ratsmitglied Mark Pützer CDU

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder UWG-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Erich Spies UWG

Sachkundige Bürger SPD-Fraktion

Frau Angelika Köhler SPD

Herr Harald Kommer SPD

Herr Thomas Leßner SPD

Herr Thorsten Müller SPD

Sachkundige Bürger CDU-Fraktion

Herr Heinz Kempen CDU

Herr Thomas Krause CDU

Sachkundige Bürger FDP-Fraktion

Herr Christian Braune FDP

Sachkundige Bürger Fraktion DIE LINKE

Herr Fraktionsvorsitzender Albert Borchart für skB Johann Janosch Die LINKE

Sachkundige Einwohner

Herr Reiner Leusch BUND - Ortsgruppe Eschweiler

Von der Verwaltung

Frau Hedwig Assenmacher Verwaltung

Herr Erster und Technischer Beigeordneter Verwaltung

Herrmann Gödde

Herr Helmut Gühsgen Verwaltung

Herr Peter-Josef Hambloch Verwaltung

Herr Dr.-Ing. Bernd Hartlich Verwaltung

Herr Marco Lacks Verwaltung

Herr Edmund Müller Verwaltung

Herr Florian Schoop Verwaltung

Schritfführer/in

Frau Gudrun Karpus

Verwaltung

Herr Ratsmitglied Rudi E. Lennartz
Herr Ratsmitglied Wolfgang Peters

Abwesend:

Sachkundige Bürger Fraktion DIE LINKE

Herr Johann Janosch

Die LINKE

Herr A.Vors. Kendziora eröffnete die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses um 17.30 Uhr und begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Anschließend stellte er fest, dass die Einladung zur Sitzung sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit gegeben sei. Weiterhin wies er die Ausschussmitglieder auf die zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 i.V.m. § 43 Abs. 2 GO NRW hin. Daraufhin meldete sich Herr RM Fehr und teilte mit, dass er aufgrund seiner Vorstandstätigkeit beim „Sportplatz Röhe e.V.“ nicht an der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 3.1 „8. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan 283 – Solarpark Röhe-, hier: Aufhebung der bisherigen Beschlüsse“ teilnehmen werde.

Herr TB Gödde bat um Ergänzung der Tagesordnung. Nach Tagesordnungspunkt 1.2 „Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung auf der Weisweilerstraße in Dürwiß –Antrag der CDU-Fraktion vom 12.12.2016“ wolle er zu den vorliegenden E-Mails der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn RM Broschk vom 31.01.2017 sowie einer Unterschriftenliste der Anwohner der Gasthausstraße vom 08.02.2017 noch ergänzende Mitteilungen zur Einbahnstraßenregelung in der Heinrich-Heine-Straße geben.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

1	Verkehr	
1.1	Errichtung einer automatischen Polleranlage am Markt; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.10.2016	356/16
1.2	Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung auf der Weisweilerstraße in Dürwiß - Antrag der CDU-Fraktion vom 12.12.2016	017/17
2	Umwelt/Grünflächen	
2.1	LIFE Projekt "Amphibienverbund"; hier: Verbesserung der Habitatqualität und Vernetzung von gefährdeten Amphibienarten in der StädteRegion Aachen; Vortrag Herr Kirst, Biologische Station	
2.2	Wirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2017	016/17
3	Stadtplanung/Bauleitplanung	
3.1	8. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan 283 - Solarpark Röhe -	387/16
3.2	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 8 - Windpark Halde Nierchen - hier: Weiteres Vorgehen	022/17
3.3	Bebauungsplan 205 - Industrie- und Gewerbepark VI -; Ergebnis der Öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss	019/17

3.4	Bebauungsplan 292 - Schillerstraße/Gasthausstraße -; hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	013/17
3.5	Bebauungsplan 294 - Aachener Straße/Lederfabrik -, hier: Aufstellungsbeschluss	031/17
3.6	Sanierungsgebiet "Innenstadt-Nord", hier: Beschluss der 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt-Nord sowie Beschluss des Maßnahmenplans	021/17
4	Kenntnisgaben	
4.1	Soziale Baulandentwicklung; hier: Beitritt der Stadt in die Gesellschaft NRW.Urban KE	386/16
5	Anfragen und Mitteilungen	
5.1	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.01.2017; a) Kreisverkehr Langwahn und Südstraße b) Umgestaltung Indestraße/Indeuffer c) Künftige Verkehrsführung Röthgen	

Nicht öffentlicher Teil

6	Kenntnisgaben	
6.1	Beschlusskontrolle	027/17
7	Anfragen und Mitteilungen	

Öffentlicher Teil

1 Verkehr

1.1 Errichtung einer automatischen Polleranlage am Markt; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.10.2016 356/16

Herr RM Widell bemängelte, dass weder im Beschlussvorschlag noch im Sachverhalt auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen eingegangen worden sei und bat um Absetzung des Tagesordnungspunktes mit der Bitte, den Sachverhalt in einer neuen Vorlage so zu formulieren, dass sich der Antragsinhalt widerspiegeln. Herr Müller verwies auf die bisherigen Beschlüsse und die damit verbundenen Abwägungen des Für und Wider einer Sperrung sowie auf die durchgeführten Bürgerbefragungen und die Gespräche mit den Anliegern. Hierbei wurde sich stets gegen eine Sperrung ausgesprochen.

Frau RM Leonhardt wies darauf hin, dass sowohl durch das geplante Mobilitätskonzept als auch durch den bevorstehenden Abriss des City-Centers neue Impulse entstehen könnten und daher zum jetzigen Zeitpunkt keine Entscheidung über eine Sperrung getroffen werden solle.

Der Antrag von Herrn RM Widell, den Tagesordnungspunkt abzusetzen, wurde mehrheitlich abgelehnt (17 x Nein, 2 x Ja (Grüne, FDP)).

Bei den Herren RM Spies, Berndt und Borchardt bestand ebenfalls Einigkeit darüber, dass eine Entscheidung über eine durchzuführende Sperrung zum derzeitigen Zeitpunkt verfrüht sei.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag mit 18 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Grüne) zu:

Der Antrag der Stadtratsfraktion B 90/ Die Grünen auf Sperrung des Marktplatzes für den allgemeinen Autoverkehr wird - unabhängig von der technischen/baulichen Ausgestaltung - abgelehnt.

1.2 Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung auf der Weisweilerstraße in Dürwiß - Antrag der CDU-Fraktion vom 12.12.2016

017/17

Herr RM Pützer begrüßte die vorgesehene Verfahrensweise, trotz vorliegender Ergebnisse in Form von Messungen und Verkehrskontrollen, über marginale Veränderungen nachzudenken.

Herr skB Braune kritisierte, dass es sich bei der Verwaltungsvorlage lediglich um eine Kenntnissgabe handele und bekräftigte, dass hier ein Beschluss zu fassen sei.

Frau RM Leonhardt vertrat die Meinung, dass eine übergeordnete Sichtweise mehrerer Straßenzüge notwendig sei.

Herr Müller erwiderte, dass zum in Rede stehenden Antrag der CDU-Fraktion vom 16.12.2016 in der heutigen Sitzung ein Zwischenstand gegeben werden solle, die Angelegenheit noch nicht abgeschlossen sei und noch ein Abwägungsprozess zwischen Polizei, Straßenbaulastträgern und BürgerInnen ausstehe. Dies wurde von Herrn RM Berndt begrüßt, der darauf hinwies, dass die Ergebnisse dieses Prozesses abgewartet werden sollten, um eine objektive Lösung für alle Beteiligten zu erreichen.

Anschließend wurde die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis genommen.

Im Anschluss hieran wurde auf Bitte von Herrn TB Gödde eine weitere verkehrliche Angelegenheit besprochen. Er erklärte, dass eine E-Mail der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen vom 31.01.2017 vorläge, in der eine Sachstandsmitteilung zur Einbahnstraßenregelung in der Heinrich-Heine-Straße erbeten werde. Zudem habe Herr RM Broschke auf Bitte der Anwohner der Gasthausstraße -per E-Mail vom 31.01.2017- um Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes gebeten. Es wurden sowohl Unterschriftenlisten der Anwohner der Heinrich-Heine-Straße vorgelegt, die die derzeitige Regelung beibehalten möchten als auch von Gegnern der Maßnahme aus dem Bereich der Gasthausstraße, die durch die Einbahnstraßenregelung Nachteile in Form von höherem Verkehrsaufkommen befürchteten. Der Verkehrsversuch sei Ende November 2016 gestartet und zunächst auf 3 Monate befristet worden, danach erfolge eine Auswertung, die in der nächsten Sitzung vorgestellt werden solle.

Herr RM Berndt informierte, dass seitens der CDU bereits mehrfach eigene Zählungen zu Hauptverkehrszeiten durchgeführt worden seien, die ergeben hätten, dass beide Straßen stark befahren seien und daher eine ausgewogene Lösung erforderlich sei.

Es wurde vereinbart, dass für die nächste Sitzung eine Beschlussvorlage gefertigt werden solle.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund der anstehenden Beschlussvorlage für die nächste Sitzung wurde der Verkehrsversuch bis 30.04.2017 verlängert.

2 Umwelt/Grünflächen

2.1 LIFE Projekt "Amphibienverbund"; hier: Verbesserung der Habitatqualität und Vernetzung von gefährdeten Amphibienarten in der StädteRegion Aachen; Vortrag Herr Kirst, Biologische Station

Herr Kirst von der „Biologischen Station StädteRegion Aachen e.V.“ stellte anhand einer Power-Point-Präsentation das Projekt „LIFE-Amphibienverbund“ vor. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Anschließend beantwortete Herr Kirst die Fragen der Ausschussmitglieder.

2.2 Wirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2017

016/17

Herr Lacks skizzierte die vorgesehenen Maßnahmen für das Jahr 2017 und verwies auf die Anschaffung eines Forstraktors im Jahr 2016 sowie auf anstehende Öffentlichkeitstermine im laufenden Jahr, wie z.B. die Waldjuchenspiele und den Waldtag.

Auf Anfrage von Herrn skE Leusch erläuterte er außerdem die Vorgehensweise bei der natürlichen Verjüngung des Forstbestandes.

Herr RM Widell bedauerte, dass im vorgelegten Bericht keine vergleichenden Zahlenreihen über mehrere Jahre vorhanden sei.

Frau RM Leonhardt erkundigte sich nach der Ausweitung der Reitwegeregelung und den damit einhergehenden Auswirkungen sowie nach den Besucherzahlen an Waldführungen aus den Bereichen der Kindergärten und Schulen. Herr Lacks erwiderte, dass im Stadtwald ein gut funktionierendes Reitwegesystem vorhanden sei und dies auch zukünftig beibehalten werden solle. Außerdem erklärte er, dass die Nachfrage nach Waldführungen pp. durch Kindergärten und Schulen stetig ansteige.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag mit 18 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung (Grüne) zu:

Dem Wirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2017 wird wie folgt zugestimmt:

	Einnahmen (€)		Ausgaben (€)	
	2017	2016 IST	2017	2016 IST
Teil I				
0. Holzeinschlag und Rückung	70.000,00	71.592,84	36.374,00	33.057,42
Teil II				
1. Kulturbegründung			10.595,00	11.123,83
2. Forstschutz			3.660,00	3.941,09
3. Bestandespflege			1.815,00	1.244,76
4. Wegebau			16.410,00	8.059,67
5. Maschinen und Geräte		16.020,00	28.750,00	154.726,82
6. Sozialfunktion	5.000,00		19.970,00	14.186,45
7. Übrige Betriebsmaßnahmen			44.300,00	32.532,14
	75.000,00	87.612,84	161.874,00	258.872,18

3 Stadtplanung/Bauleitplanung

3.1 8. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan 283 - Solarpark Röhe - 387/16

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu (Herr RM Fehr nahm an der Abstimmung aufgrund des Mitwirkungsverbot nach § 31 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW (Vorstandsmitglied des „Sportplatz Röhe e.V.“) nicht teil):

- I. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bauleitplanverfahren zur 8. Änderung des Flächennutzungsplans und zum Bebauungsplan 283 - Solarpark Röhe - nicht weiterzuführen.
- II. Die Beschlüsse zur 8. Änderung des Flächennutzungsplans - Solarpark Röhe - vom 22.03.2012 (**VV 049/12**) und vom 31.01.2013 (**VV 011/13**) sowie die Beschlüsse zum Bebauungsplan 283 - Solarpark Röhe - vom 22.03.2012 (**VV 076/12**), vom 08.11.2012 (**VV 339/12**) und vom 07.03.2013 (**VV 076/13**) werden aufgehoben.

3.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan 8 - Windpark Halde Nierchen - hier: Weiteres Vorgehen 022/17

Nach einer kurzen Zusammenfassung des bisherigen Verlaufs der Angelegenheit durch Herrn TB Gödde sprachen

chen sich die Herren RM Spies, Berndt, Braune und Borchardt und Frau RM Leonhardt dafür aus, das Verfahren zu beenden. Herr RM Widell favorisierte hingegen die Beschlussvorschläge zu Ziffer I oder II.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag zu **Ziffer III** mit 18 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme (Grüne) zu:

- I. Der Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans 8 - Windpark Halde Nierchen - ist zu ändern. Die Alternative C (s. Anlage 2.6.2, Seite 8) mit drei WEA wird weitergeführt, die Gutachten sind anzupassen und ein erneuter Offenlagebeschluss ist vorzubereiten.

oder

- II. Der Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans 8 - Windpark Halde Nierchen - ist zu ändern. Die Alternative D (s. Anlage 2.6.2, Seite 9) mit zwei WEA wird weitergeführt, die Gutachten sind anzupassen und ein erneuter Offenlagebeschluss ist vorzubereiten.

oder

- III. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zum Repowering des Windparks Halde Nierchen zu beenden. Die Beschlüsse zur 1. Änderung des Bebauungsplans 243 - Windpark Halde Nierchen - vom 01.10.2014 (**VV 345/14**) sowie zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 8 - Windpark Halde Nierchen - vom 21.04.2016 (**VV 037/16**) werden aufgehoben.

3.3 Bebauungsplan 205 - Industrie- und Gewerbepark VI -; Ergebnis der Öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss **019/17**

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

- I. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- III. Der Bebauungsplans 205 – Industrie- und Gewerbepark VI – (Anlagen 2 und 3) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 4) als Abschlussbegründung hierzu.

3.4 Bebauungsplan 292 - Schillerstraße/Gasthausstraße -; hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit **013/17**

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 292 – Schillerstraße/Gasthausstraße – gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 13 a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) im Sinne des § 30 Abs. 1 BauGB mit dem in der Anlage 1 dargestellten Geltungsbereich wird beschlossen.
- II. Gleichzeitig wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an dieser Bauleitplanung (Anlagen 2, 3 und 4) gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 der Satzung über die Bürgerbeteiligung der Stadt Eschweiler beschlossen.

3.5 **Bebauungsplan 294 - Aachener Straße/Lederfabrik -, hier: Aufstellungsbeschluss**

031/17

Auf Nachfrage von Herrn RM Widell erläuterte Herr TB Gödde, dass sich der Geltungsbereich des Bebauungsplanes nicht auf das mittlerweile verkaufte Grundstück (ehemals „Kerkhoffs“) beziehe, sondern vielmehr auf die Grundstücke der Firmen Caritas, Wagner und ATU.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

Die Aufstellung des Bebauungsplans 294 – Aachener Straße/Lederfabrik – gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) im Sinne des § 30 (1) BauGB mit dem in der Anlage 1 dargestellten Geltungsbereich wird beschlossen.

3.6 **Sanierungsgebiet "Innenstadt-Nord", hier: Beschluss der 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt-Nord sowie Beschluss des Maßnahmenplans**

021/17

Herr TB Gödde fasste die bisherigen Maßnahmen (Peter-Paul-Straße, Markt pp.) des Integrierten Handlungskonzeptes noch einmal kurz zusammen. Jetzt stünden im Rahmen der 2. Fortschreibung weitere Maßnahmen, wie z.B. Indestraße, Rathausquartier pp. an. Er machte deutlich, dass eine Förderung solcher Maßnahmen nur dann möglich sei, wenn diese aus einem übergeordneten Handlungskonzept hergeleitet seien. Außerdem wies er darauf hin, dass der Förderantrag zum Abriss des City-Centers gestellt sei und der mit dem Investor abzuschließende Stadtumbauvertrag dem Ausschuss noch vor der Sommerpause vorgelegt werde.

Herr RM Spies fragte nach, inwieweit die Stadt Eschweiler durch das Handlungskonzept gebunden sei. Herr TB Gödde erwiderte, dass durchaus die Möglichkeit bestünde, dass einzelne Maßnahmen nach erfolgter Bürgerbeteiligung oder Diskussion in den politischen Gremien in anderer Form oder auch gar nicht umgesetzt werden könnten.

Herr skB Braune wies darauf hin, dass bei der Umgestaltung der Indestraße ein Verkehrskonzept vorgeschaltet werden solle. Außerdem erkundigte er sich, inwieweit der Inhalt eines Stadtumbauvertrages an das Handlungskonzept gebunden sei. Herr TB Gödde erläuterte, dass der Stadtumbauvertrag ausschließlich die Fläche des City-Centers umfasse; weitere Maßnahmen in den angrenzenden Straßen Peilsgasse, Wollenweberstraße, Dürener Straße pp. nicht Inhalt des Vertrages seien und über den Ausbau dieser öffentlichen Flächen im Ausschuss entschieden werde. Zur Umgestaltung der Indestraße wies er darauf hin, dass die Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes vorgesehen sei, welches Maßnahmen im gesamten Stadtgebiet untersuchen werde.

Herr RM Widell bemängelte, dass die Abrisskosten des City-Centers aus Steuermitteln gefördert würden und er fragte, ob dies auch anderen Investoren bekannt gewesen sei. Außerdem machte er den Vorschlag, dass die derzeitige -aufgrund der Baustelle- vorhandene Verkehrsführung auf der Indestraße Richtung Schlachthof beibehalten werden solle, da diese insbesondere an der Kreuzung Bergrather Straße nicht mehr zu Rückstaus und damit verbundenen gefährlichen Situationen führe. Herr TB Gödde erwiderte, dass durch die Städtebauförderung die Möglichkeit einer Bezuschussung von Großprojekten möglich sei, aber auch im kleineren Rahmen solche Zuschüsse an Privatpersonen gezahlt würden. Außerdem erklärte er, dass die Möglichkeit der Förderung auch anderen Investoren bekannt gewesen sei. Schließlich wies er darauf hin, dass zwar noch kein Gutachten für die Indestraße beauftragt sei, jedoch Mittel in den Haushalt 2017 eingestellt wurden, um ein Mobilitätskonzept zu erstellen.

Herr skB Müller erkundigte sich nach einem Zeitplan für die vorgesehenen Maßnahmen. Daraufhin erklärte Herr TB Gödde, dass hierzu erst nach Förderzusage eine konkrete Aussage getroffen werden könne. Der Abriss sei für das Jahr 2017 vorgesehen, die Fördermittel stünden voraussichtlich in den Jahren 2018 ff. zur Verfügung, so dass der Investor zunächst in Vorleistung gehe.

Frau RM Leonhardt machte deutlich, dass nun der entscheidende Schritt gegangen werde, das „Rathaus-Quartier“ wieder zu aktivieren und wies darauf hin, dass zunächst die Rahmenbedingungen geklärt werden müssten, um dann weitere Details zu gegebener Zeit zu betrachten.

Herr RM Berndt fragte nach, ob der Investor das Grundstück bereits erworben habe und berichtete, dass sei-

tens der Bürgerinnen und Bürger teilweise Unverständnis darüber bestehe, dass der Abriss bezuschusst werde. Außerdem erkundigte er sich, ob der vorgestellte Entwurf auch Alternativvorschläge seitens der Stadt Eschweiler zulasse. Herr TB Gödde erinnerte daran, dass den Ausschussmitgliedern vernünftige Argumente für eine Förderung bekannt seien und diese an die Bürgerinnen und Bürger weiter kommuniziert werden könnten. Er bestätigte, dass der Investor die Grundstücke bereits im August letzten Jahres erworben habe und dass sich das Konzept am bestehenden Bebauungsplan zu orientieren habe.

Auf Nachfrage von Herrn skB Braune skizzierte Herr TB Gödde den vorgesehenen Fördermittelabruf der kommenden Jahre (2017: 114.000,00 € Mittelabruf aus der 1. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes, 2018: 95.000,00 € Fachgutachten zur Umgestaltung Indestraße/Indeuffer, 48.000,00 € Fortführung Fassaden- und Hofprogramm, 20.000,00 € Fortführung Verfügungsfonds sowie 17.500,00 € Fortführung Öffentlichkeitsarbeit).

Herr RM Widell erkundigte sich, ob noch Änderungen der Bauformen - insbesondere eine kleinteiligere Gestaltung - möglich seien und ob eine Tiefgarage geplant sei. Herr TB Gödde führte aus, dass im Bereich der Wolle Weberstraße und der Peilsgasse eine Tiefgarage vorgesehen sei. Außerdem habe die Stadt Eschweiler sich mit dem Investor auf einen gemeinsamen Planer geeinigt, so dass auch die Interessen der Stadt Eschweiler (z.B. Rathausvorplatz, Straßengestaltung, Stellplätze für Mitarbeiter pp.) in die Planungen mit einfließen würden. Die Formen der größeren Baukörper im Erdgeschoss ergäben sich zudem aus den jeweiligen Einzelhandelsnutzungen.

Auf Nachfrage von Herrn RM Berndt erläuterte Herr TB Gödde nochmals, dass der bestehende Bebauungsplan Grundlage der Planungen sei, weitere Ziele der Stadt Eschweiler (z.B. Errichtung einer KiTA) jedoch bereits im Investorenkonzept Berücksichtigung gefunden hätten. Die weiteren Planungen seien ein offener Prozess, bei dem der Investor auch die Interessen der potenziellen Mieter berücksichtigen müsse.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

Die als Anlage 1 beigefügte 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) Innenstadt-Nord einschließlich des darin enthaltenen Maßnahmenplans wird als Grundlage weiterer städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen beschlossen.

4 Kennnissgaben

4.1 Soziale Baulandentwicklung; hier: Beitritt der Stadt in die Gesellschaft 386/16 NRW.Urban KE

Es ergaben sich keine Wortmeldungen. Die Verwaltungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5 Anfragen und Mitteilungen

5.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.01.2017; a) Kreisverkehr Langwahn und Südstraße b) Umgestaltung Indestraße/Indeuffer c) Künftige Verkehrsführung Röthgen

Aufgrund des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.01.2017 nahm Herr TB Gödde zu den angesprochenen Sachverhalten wie folgt Stellung:

a) Kreisverkehre Langwahn und Südstraße

Die bisher von der Euregio Verkehrsschienenetz GmbH (EVS) vorgelegte Planung eines Kreisverkehrs hätte eine wesentliche Verlängerung der Schließzeiten der Schrankenanlage zur Folge. Mittlerweile sei auf Veranlassung der Stadt Eschweiler und der StädteRegion Aachen ein Auftrag zur Untersuchung anderer technischer

Lösungen zur Verbesserung der Schrankenschließzeiten erteilt worden. Eine entsprechende Lösung sei bereits aufgezeigt, besäße jedoch derzeit noch keine eisenbahntrechtliche Zulassung. Die Abkehr vom Kreisverkehr und der Bau einer sogenannten T-Lösung für die Kreuzung werde immer wahrscheinlicher.

Die Maßnahme „Südstraße“ sei bereits seit dem Jahr 2014 auf dem Prioritätsrang 1 des Landesbetriebes Straßenbau NRW. Die Realisierung sei letztendlich jedoch von den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln im Landeshaushalt abhängig. Im Jahr 2017 sei mit einer Ausführung nicht zu rechnen.

b) Umgestaltung Indestraße / Indeuffer:

Zu den Landeszuweisungen und der weiteren Vorgehensweise wurden die Fragen der Ausschussmitglieder bereits unter TOP 3.6 beantwortet.

c) Künftige Verkehrsführung Röthgen:

Die DB Netz AG und die Stadt Eschweiler befinden sich aktuell in enger Abstimmung hinsichtlich der Schließung des Bahnübergangs Jägerspfad. Laut derzeitigem Bauzeitenplan sei die Schließung zwingend ab 04/2019 erforderlich. Da die Fertigstellung der Eisenbahnüberführung Burgstraße frühestens Ende 2019 realisiert werden könne, würde der Überschneidungszeitraum ca. 8 Monate betragen. Es wäre jedoch seitens der DB zugesichert worden, dass die Schließung des BÜ Jägerspfad zum spätestmöglichen Zeitpunkt erfolgen würde. Eine Änderung der Verkehrsführung sei aktuell seitens der Verwaltung nicht vorgesehen. Abzuwarten bliebe, wann und wie sich eine Lösung am Knotenpunkt Talstraße / Langwahn abzeichne und wie sich zeitlich die Aufweitung der EÜ Stich mit der lichtsignaltechnischen Beidrichtungs-Anbindung der Eisenbahnstraße entwickeln würde.

Herr RM Berndt sprach das Gestaltungskonzept für die Gastronomiebetriebe am Markt an. Er erkundigte sich, ob die vorhandenen Vorbauten einzelner Gastronomen am Markt dem Konzept entsprächen. Herr TB Gödde führte hierzu aus, dass die installierten Vorbauten genehmigt wurden. Außerdem wies er darauf hin, dass im Zusammenhang mit dem Gestaltungskonzept bereits einige Gastronomen gemeinsam ein abgestimmtes Mobiliar angeschafft hätten.